

Israel sollte sich eine Verfassung geben

Seit seiner Gründung vor 75 Jahren prägen den Staat Konflikte um seine Identität und seinen Aufbau

Neue Zürcher Zeitung · 10 Mai 2023 · NOAM ZADOFF Dr. Noam Zadoff ist Historiker und Professor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck.

Israel ist 75 – das ist ein Grund zum Feiern! Doch für viele Israeli scheint es dieses Jahr kein Fest zu sein. Die Koalition der Regierung von Benjamin Netanyahu aus zum Teil rechtsextremen und fundamentalistisch-religiösen Parteien rüttelt an der demokratischen Basis Israels. Sie plant tiefgreifende Änderungen in der Struktur des Obersten Gerichtshofs, um sich selbst unkontrollierten Zugang zur Macht zu verschaffen, und strebt de facto die Abschaffung der Gewaltenteilung an. Diese Pläne der Regierung stossen seit mehreren Monaten auf hartnäckigen Widerstand im Land.



Doch die jüngsten Ereignisse haben ihre tieferen Wurzeln in der Geschichte Israels. Es geht hier um drei Konfliktherde innerhalb der Gesellschaft, mit denen die Israeli seit vielen Jahrzehnten leben und die heute als Teil der israelischen Identität wahrgenommen werden.

I. Beziehung zu den Arabern

Angesichts der schon früh wachsenden Spannungen zwischen arabischen und jüdischen Gemeinden im Land Israel/ Palästina wurden die Ziele der zionistischen Bewegung als nahezu unvereinbar mit jenen der palästinensischen Bevölkerung wahrgenommen. Im ersten grossen Konflikt 1948 – Israels Unabhängigkeitskrieg und der «Nakba» (Katastrophe) der Palästinenser – wurden rund 700 000 Palästinenser gezwungen, das Land zu verlassen. Doch 200 000 Palästinenser blieben innerhalb der Grenzen des neugegründeten Staates. Diese Gruppe erhielt die israelische Staatsbürgerschaft. Doch nach dem Krieg wurden ihre Siedlungsgebiete unter Militärverwaltung gestellt und ihre Rechte eingeschränkt. Heute macht die israelischpalästinensische Minderheit 21 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Anfang der 1950er Jahre war die israelische Regierung gespalten, was den Umgang mit den Palästinensern betraf. Eine Gruppe um den Außenminister Moshe Sharett und den Finanzminister Levi Eshkol befürwortete die Integration der israelischen Palästinenser in die Gesellschaft. Dagegen sprachen sich Ministerpräsident David Ben-Gurion und Moshe Dayan aus. Sie bewegten eine verständliche Angst vor dem palästinensischen Terror an den Grenzen Israels und ein Misstrauen gegenüber den neuen Staatsbürgern, die kurz zuvor noch Feinde gewesen waren.

So wurde eine Chance, die Palästinenser in die Gesellschaft zu integrieren, verpasst: Wie der Historiker Adam Raz nachwies, forderte die Regierung 1954 die israelischen Palästinenser auf, sich zum Militärdienst zu melden. 4000 von 4520 wehrfähigen Männern meldeten sich im Rekrutierungszentrum und erklärten sich bereit, Teil der israelischen Armee zu werden. Am Ende akzeptierte sie die Regierung aber doch nicht. Die Gräben zwischen den Gesellschaften wurden tiefer. Die Militärverwaltung wurde zwar 1966 abgeschafft, aber sie prägte die jüdische und die palästinensische Gesellschaft Israels nachhaltig. Unter den Palästinensern führte sie zu einem tiefem Misstrauen der Regierung gegenüber. Und für die Juden blieb sie der Präzedenzfall, dass israelische Staatsbürger aufgrund ihrer Religion oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert werden können.

Es ist hier wichtig, den emotionalen Aspekt hervorzuheben: Während hinter den Handlungsimpulsen vieler jüdischer Israeli bis heute die tiefe Angst vor den Palästinensern steht, löste die Militärverwaltung bei diesen Gefühle von Frust, Entfremdung und nicht selten Hass auf den israelischen Staat aus, dessen Bürger sie doch waren. Ein Jahr nach der Abschaffung der Militärverwaltung innerhalb Israels wurde nach dem Sechstagekrieg 1967 eine neue Militärverwaltung etabliert, um die Palästinenser im neu eroberten Westjordanland und im Gazastreifen zu kontrollieren. Diese Art der Verwaltung existiert in Teilen des Westjordanlandes bis heute.

II. Jüdisch und demokratisch

Israel will gleichzeitig jüdisch und demokratisch sein. Doch darin steckt ein Widerspruch: Einerseits soll Israel als Staat allen seinen Bürgern gehören. Andererseits hat das Land die historische Rolle, Zufluchtsort aller Jüdinnen und Juden zu sein, die deshalb in manchen Aspekten bevorzugt werden. Dieser Widerspruch ist Teil der israelischen Existenz – und macht die Trennung zwischen Religion und Staat nahezu unmöglich.

Die schärfsten Spannungen zwischen den Anforderungen entstanden 1974 mit der Gründung der Siedlerbewegung Gush Emunim. Deren Ziel, jüdische Ansiedlungen im Westjordanland zu errichten, stand im Widerspruch zu internationalen Abkommen. Die Zielsetzung dieser religiösen Bewegung ist messianisch-nationalistisch. Über die Jahre wuchs die Bewegung und gründete zahlreiche Siedlungen und Outposts in den besetzten Gebieten. Dabei verüben die Siedler auch Gewalt und Vergeltungsaktionen gegen die palästinensische Bevölkerung. Das Pogrom in der Stadt Hawara am 26. Februar dieses Jahres, eine Reaktion auf den Mord an zwei jungen Siedlern, war die bisher radikalste Aktion dieser Art. Die Siedlerbewegung strebt an, in Israel eine Theokratie einzurichten. Religiöse Gesetze haben bei ihr Vorrang, wenn es zu Divergenzen zwischen religiösen und demokratischen Kräften in Israel kommt.

In den letzten Jahren hat der Einfluss der Siedler-Ideologie auf die israelische Politik zugenommen. So beschloss das israelische Parlament 2018 ein neues Grundgesetz, das «Nationalstaatsgesetz», das quasi Verfassungsrang hat. Es hat zum Ziel, das Land als Heimat des jüdischen Volkes zu stärken und seinen jüdischen Charakter zu betonen. Jerusalem wird in dem Gesetz als ungeteilte Hauptstadt bezeichnet, die jüdische Mehrheit als ein nationales Interesse des Landes und Hebräisch als die einzige Nationalsprache definiert. Der Gesetzestext enthält weder ein Bekenntnis zum demokratischen Konsens noch zu gleichen Rechten für alle Bürgerinnen und Bürger.

III. Militär und Zivilgesellschaft

In Israel Da viele ist das Militär sehr präsent. Israeli, Frauen und Männer, zu langen Dienstzeiten einberufen werden und nicht wenige noch jahrelang als Reservisten zur Verfügung stehen, ist der Einfluss von militärischer Sprache und Kultur auf die Zivilgesellschaft unvermeidbar.

Die jungen Frauen und Männer geraten oft in schwierige, auch lebensgefährliche Situationen, aus denen sie traumatisiert ins zivile Leben zurückkehren. Die Tatsache, dass viele Generäle nach einer militärischen Karriere in die Politik gehen, verwischt die Grenzen zwischen der Armee und der Zivilgesellschaft weiter. Dabei fällt auf, dass sich derzeit viele Reservisten aktiv an der Protestbewegung für ein demokratisches Israel beteiligen.

Im israelischen Erziehungssystem findet ein tiefgreifender Wandel statt. In den Lehrplänen kommt kaum mehr etwas über die Geschichte des Staates Israel vor, vor allem nichts über die israelische Besatzungspolitik. In einem Interview im November 2022 erklärte der Historiker Avner Ben-Amos, dass jungen Frauen und Männern, die im Westjordanland Dienst leisteten, die Kenntnisse um die historischen Zusammenhänge fehlten, um die Lage zu verstehen, in der sie sich befänden. Das führe zu der Situation, so Ben-Amos, dass Israel seit Jahren ein anderes Volk dominiere und darin kein Problem sehe, «weil wir gar nicht mehr verstehen, dass es genau das ist, was wir tun». Das Erziehungssystem funktioniere hier als ein Spiegel, der die Situation der Gesellschaft als ganzer reflektiere.

Die Vorteile einer Verfassung

Die hier beschriebenen Spannungen und Probleme spielen auch im gegenwärtigen Streit um die geplante Justizreform eine wichtige Rolle. Und sie sind auch dafür verantwortlich, dass Israel bis heute keine Verfassung hat.

Eine der grossen Debatten des israelischen Parlaments zwei Jahre nach der Gründung Israels drehte sich um eine Verfassung für den neuen Staat. Die Parteien der damaligen Opposition plädierten dafür, schnell eine Verfassung zu verabschieden. Die rechtsnationale Partei Herut unter Führung Menachem Begins, der 1977 Ministerpräsident werden sollte, sowie die Kommunistische Partei fanden sich überraschend auf der gleichen Seite in der Debatte. Sie befürchteten, dass ihre Rechte ohne eine Verfassung gefährdet sein könnten. Die Kommunisten sorgten sich zudem um die Rechte der israelischen Palästinenser.

David Ben-Gurion hingegen, erster Ministerpräsident Israels und Vorsitzender der regierenden linken Mapai-Partei, fürchtete um die Handlungsfähigkeit des Parlaments. Die Diskussion um eine Verfassung könnte, so Ben-Gurion, zur Spaltung und zu einem «Kul-

turkampf» zwischen religiösen und säkularen Juden führen. Politisch hoffte Ben-Gurion, ohne Verfassung mehr Spielraum für politische Manöver zu haben.

Tatsächlich wurde Israel vor 75 Jahren unter extremen Umständen gegründet: ein Land im tiefen Schatten des Holocaust, verwickelt in einen existenzgefährdenden Krieg. Es war eine diverse und vielfältige Gesellschaft, deren Regierung unter grossen Schwierigkeiten Entscheidungen fällen musste. So wurde damals beschlossen, Israels juristisches System auf verschiedenen Grundgesetzen statt auf einer Verfassung aufzubauen. Obwohl diese Verfassungsrang haben, können sie mit einfacher Mehrheit im Parlament geändert, ja sogar abgeschafft werden. Diese flexible Konstruktion gewährte Israel in den ersten Jahrzehnten einen gewissen juristischen Spielraum und half während des langwierigen Prozesses, aus den diversen Bevölkerungsgruppen eine Gesellschaft zu schaffen. Gleichzeitig begünstigte das System der Grundgesetze auch zeitweise die Eskalation von Spannungen.

Das Ausmass der jetzigen Demonstrationen in Israel zeigt, wie viele Israeli an ihrer Demokratie hängen. Doch auch wenn die Proteste erfolgreich sind und die Justizreform nicht zustande kommt, wird Israel die grundlegenden Probleme, die zur jetzigen Situation geführt haben, lösen müssen. Es reicht nicht, nur die Symptome zu behandeln. Es ist höchste Zeit, noch einmal einen Anlauf zu nehmen und Israel eine Verfassung zu geben, die die Spielregeln des politischen Systems und die Rechte seiner Bürger festlegt. Daraus könnte eine stärkere und gerechtere Gesellschaft wachsen. Auf dass das demokratische Israel – nach einer jüdischen Redensart – noch weit über seinen 120. Geburtstag hinaus lebe.

In den letzten Jahren hat der Einfluss der Siedler-Ideologie auf die israelische Politik zugenommen.